

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung
und Forschung WBK

Bern, 16. April 2026 / HG
VL Abkommen
Berufsmaturität

Elektronischer Versand: frederic.berthoud@sbfi.admin.ch

Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Lichtenstein über die gegenseitige Anerkennung von Berufsmaturitätszeugnissen

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die FDP begrüsst den Abschluss des bilateralen Abkommens mit dem Fürstentum Lichtenstein ausdrücklich. Wir unterstützen die Bestrebungen, die grenzüberschreitende Mobilität im Bildungsbereich zu fördern und gleichzeitig die hohen Qualitätsstandards der schweizerischen Berufsmaturität zu wahren.

Besonders positiv werten wir, dass die Anerkennung liechtensteinischer Zeugnisse nun zwingend an den Nachweis einer zweiten schweizerischen Landessprache geknüpft ist. Dies korrigiert eine bisherige Ungleichbehandlung und stellt die materielle Gleichwertigkeit mit der eidgenössischen Berufsmaturität sicher.

Das Abkommen schafft klare, vorhersehbare Modalitäten und ersetzt die bisherigen Einzelfallverfügungen des SBFI. Dass die Zulassungsberechtigung zu Fachhochschulen direkt aus dem Abkommen abgeleitet wird, entlastet die Verwaltung und bietet den Absolventen Planungssicherheit.

Lichtenstein ist ein enger institutioneller Partner im Schweizer Bildungssystem. Die gegenseitige, bedingungslose Anerkennung eidgenössischer Zeugnisse in Lichtenstein stärkt die Attraktivität der Schweizer Berufsbildung und fördert den Austausch von Fachkräften.

Die vorgesehene Bescheinigung durch das liechtensteinische Schulamt stellt eine unbürokratische Lösung dar, die den Verifikationsaufwand für Schweizer Fachhochschulen minimiert.

Aus liberaler Sicht ist dieses Abkommen ein wichtiger Schritt zur weiteren Integration des gemeinsamen Bildungsraums bei gleichzeitiger Wahrung nationaler Standards. Es entstehen

keine zusätzlichen Kosten für den Bund oder die Kantone, während die Flexibilität für junge Berufsleute erhöht wird. Wir empfehlen die rasche Unterzeichnung und Ratifizierung des Abkommens.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Co-Präsident



Benjamin Mühleemann
Ständerat

Die Co-Präsidentin



Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin

Der Generalsekretär



Jonas Projer